

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	21
Kapitel 1) Legal Tech: Begriffsbestimmung, Chancen und Risiken	24
A. Begriffsbestimmung	24
I. Determinierte Programme	25
II. Autonome Systeme	28
III. Thematische Abgrenzung	32
B. Mögliche (rechts-)praktische Folgen des Einsatzes von Legal Tech	33
I. Steigerung von Qualität und Effizienz	33
II. Erwartungen der Rechtsuchenden	36
III. Mehr Objektivität oder mehr Diskriminierung?	38
IV. (In-)Transparenz?	44
V. Aktualität, Fehler und Manipulationen	46
VI. Beeinflussung der Meinungsbildung	48
VII. Entkopplung von gesetzlichen Grundlagen	51
VIII. Auswirkungen auf die gerichtliche Arbeitswelt	52
IX. Zwischenergebnis	55
Kapitel 2) Prinzipielle Grenzen technologischer Entscheidungsfindung im Recht	56
A. Formalisierung des Rechts?	56
I. Die Semantik natürlicher Sprache	56
II. Die juristische Hermeneutik	60
III. Formale Logik und Subsumtion	63
IV. Formale Logik und Wertungen	69
1. Rechtsanwendung und (Wert-)Urteile	69
2. Fähigkeit zur (wertenden) Entscheidung	74
V. Bedeutung der methodischen Probleme für die (zukünftige) Praxis	79
B. Abhängigkeit von der Datenqualität und Problem unstrukturierter Daten	80

## *Inhaltsverzeichnis*

C. Simulation von Gefühlen?	82
D. Keine Lösungen außerhalb der Programmvorgaben	83
E. Zwischenergebnis	84
Kapitel 3) Zulässige und unzulässige Anwendungen von Legal Tech im Lichte übergeordneter Prinzipien	85
A. Unabhängigkeit der Gerichte	85
I. Rechtsprechende Gewalt	86
1. Materielle Reichweite der rechtsprechenden Gewalt	86
2. Natürliche Personen als Richter	88
3. Keine Differenzierung im Instanzenzug	89
4. Zwischenergebnis	90
II. Gesetzesbindung	91
III. Richterliche Unabhängigkeit	92
1. Unabhängigkeit von der Exekutive	93
2. Unabhängigkeit von der Legislative	95
3. Unabhängigkeit gegenüber der Judikative	96
4. Kein Schutz der Unabhängigkeit außerhalb der rechtsprechenden Tätigkeit	97
5. Unzulässigkeit des Verzichts auf richterliche Unabhängigkeit	98
IV. Richterliche Unabhängigkeit aus europäischer Perspektive	99
V. Unabhängigkeit vs. Nutzung von automatisierten Anwendungen	100
1. Nutzung von determinierten Programmen zur Entscheidungsfindung	100
a) Zulässigkeit bei vollständiger Kenntnis des Richters vom Algorithmus	101
b) Unzulässigkeit bei fehlender Kenntnis des Richters vom Algorithmus	102
c) Nachvollziehbarkeit und Vorschlag eines Zertifizierungsverfahrens	104
(1) Maßstab für die Nachvollziehbarkeit	104
(2) Erfordernis einer Zertifizierung	108
(a) Problemstellung	108
(b) Vergleichbarkeit mit standardisierten Messverfahren	109
(c) Prüfprogramm im Zertifizierungsverfahren	110
(d) Fehlerausbesserung und Weiterentwicklung	112

(e) Problematik der Überprüfung von Geschäftsgeheimnissen	113
(f) Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit	114
d) Abweichende Auffassung des Gerichts	115
e) Erforderlichkeit von Auswahlmöglichkeiten?	116
f) Unerkannt „fehlerhafter“ Algorithmus	117
(1) Problemstellung	117
(2) Mögliche Fehlerursachen	118
(3) Folgendifferenzierung	119
(a) Verstoß gegen die richterliche Unabhängigkeit?	119
(b) Möglichkeit der Urteilsberichtigung	120
g) Unerkannt „fehlerhaft“ gewordener Algorithmus	122
2. Nutzung von autonomen Systemen zur Entscheidungsfindung	124
3. Freiwillige und verpflichtende Nutzung	125
4. Problematik einer determinierenden Wertentscheidung	128
a) Wer darf Wertentscheidungen treffen?	130
b) Wie bleiben Wertentscheidungen aktuell?	132
5. Nutzung von automatisierten Anwendungen als Hilfswerkzeug	135
6. Rechtsschutz und Dienstaufsicht	136
VI. Zwischenergebnis	137
B. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	138
I. Anspruchsberechtigte	139
II. Umfang des Anspruchs auf rechtliches Gehör und Rechtsschutz	139
III. Grenzen des Anspruchs auf rechtliches Gehör	141
IV. Rechtliches Gehör vs. computergenerierte Entscheidungen	144
C. Das Recht auf den gesetzlichen Richter	145
I. Grundsätze	145
II. Konsequenzen für die Benutzung automatisierter Anwendungen	147
D. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheitsgebot	148
I. Der Grundsatz der Begründungspflicht gerichtlicher Entscheidungen	148
II. Automatisierte Entscheidungen und Begründungspflicht	151
III. Automatisierte Entscheidungsfindung und Willkürverbot	154

E. Ausrichtung des Zivilprozessrechts auf die Digitalisierung	157
I. Zivilprozessuale Grundsätze	157
II. Videoverhandlung	159
III. Elektronische Dokumente	160
IV. Elektronische Akte	162
F. Datenschutzrechtliche Fragestellungen	163
I. Berücksichtigung des Art. 22 DS-GVO im Zivilprozess	163
II. Inhalt des Art. 22 DS-GVO	166
III. Konsequenzen für den Einsatz von Legal Tech im Zivilprozess	166
G. Amtshaftung und Spruchrichterprivileg	170
H. Zwischenergebnis	172
Kapitel 4) Ausgewählte Anwendungsfälle	174
A. Organisationshilfen	174
B. Berechnungshilfen	175
I. Prozesskostenhilferechner	176
1. Modell eines Prozesskostenhilferechners	176
2. Mathematisch-logische Komponenten	180
3. Wertende Komponenten	185
4. Bewertung	187
a) Prozesskostenhilfe und Rechtsprechung	187
b) Nachvollziehbarkeit	189
c) Manipulationen und Aktualität	190
d) Implementierung von Wertungen	193
e) Umgang mit der im Modellrechner angelegten Unvollständigkeit	194
II. Schmerzensgeldrechner	196
III. Weitere Berechnungshilfen	198
C. Automatisierte Schlüssigkeitsprüfung	199
I. Fluggastentschädigungsrechner	199
1. Modellrechner	202
a) Determiniert programmierbare Komponenten	202
b) Wertungen und Wertungsergebnisse	205
c) Umgang mit der im Modellrechner angelegten Unvollständigkeit	207
d) Differenzierung bei der Begründung	207
2. Verknüpfung mit einer Flugdatenbank?	208

## *Inhaltsverzeichnis*

3. Notwendigkeit einer (Vor-)Prüfung durch den Richter	209
4. Formulargestützte Klageeinreichung?	210
II. Automatisch generierter Vergleichsvorschlag	212
III. Das „Vor-Urteil“	215
D. Zwischenergebnis	217
Zusammenfassung in Thesen	219
Literaturverzeichnis	223